



In diesem Zimmer werden kindliche Zeugen in zwei Mißbrauchsprozessen befragt. Die Videokamera ist links neben dem Vorhang installiert, das Mikrophon an einem Gestänge, das von der Decke herunterreicht.

Bild: Klaus Benz

## „Einseitig nur am Wohl der Kinder orientiert“

Mißbrauchsprozeß: Verteidigerkritik an Videobefragung

Von unserem Redaktionsmitglied  
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ — Eigentlich sollten gestern im Mißbrauchsprozeß „Worms zwei“ gegen 13 Angeklagte zwei sechsjährige Mädchen, mutmaßliche Opfer, als Zeugen vernommen werden: vor der Videokamera, mit dem Vorsitzenden Hans E. Lorenz in einem separaten Raum, Übertragung der Befragung in den Hauptverhandlungssaal zu den übrigen Prozeßbeteiligten. Dazu kam es nicht. Unversehens steht die Videomethode im Kreuzfeuer von Verteidiger-Kritik. Doch daß die neue Befragungsart gekippt wird, ist nicht vorstellbar.

### Dröhnender Paukenschlag

Eigentlich war sie fast schon Prozeßalltag, die Videomethode, zuvor in Deutschland noch nie praktiziert, am 15. Mai in einem spektakulären Entschluß von der Mainzer Strafkammer angeordnet. An vier Verhandlungstagen bei „Worms zwei“ und an zweien im Parallelverfahren „Worms drei“ (5 Angeklagte) waren Kinder vor der Kamera vernommen worden. Alle Verteidiger und alle Angeklagten hatten damals zugestimmt. Umso dröhnender der Paukenschlag: Drei Verteidiger erklärten gestern, sie seien mit der Videomethode nicht — mehr — einverstanden. Die Vernehmung der kindlichen Zeugen solle nach althergebrachter Art im Hauptverhandlungssaal stattfinden. Dort würden sich zwar weder Angeklagte noch Zuschauer befinden, aber mehr als 40 Prozeßbeteiligte. Um den Kindern genau dies zu ersparen, war die Videobefragung beschlossen worden.

Die Argumentation der drei Anwälte jetzt: die neue Methode weise „eklatante Mängel“ auf, was nicht vorhersehbar gewesen sei. Die Videokamera erfasse nur einen Teil des Befragungszimmers; wenn ein Kind aufstehe, sei es im Hauptverhandlungssaal weder zu hören noch

Schneider vom Hauptverhandlungssaal aus dem Vorsitzenden Lorenz telefonisch ins Befragungszimmer. Dabei aber vergingen, so die Verteidiger, Sekunden, in denen das Kind weiter befragt werden könne — und genau dies wollen Beanstandungen ja verhindern. Eine „einseitige Ausrichtung nur am Wohl der Kinder“ führe zur Verletzung von Angeklagten-Rechten, Verteidiger würden „zu Statisten degradiert“.

Doch es gab auch ganz andere Stimmen in der Verteidiger-Riege. Sie plädierten für die Fortsetzung in Sachen Video: optische und akustische Probleme sollten einvernehmlich gelöst werden. Bei der Videomethode könnten die Angeklagten die Befragung der Kinder hören und sehen, „dieser Vorteil ist es wert, gewisse Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen“, so ein Anwalt.

Die Verteidigerin Gabriele Jansen (Köln) monierte einen weiteren Gesichtspunkt: Während der Vorsitzende im Befragungszimmer sei, wisse er — abgesehen vom Telefonkontakt — nicht, was im Hauptverhandlungssaal vor sich gehe, könne die Sitzung also nicht „leiten“.

Diese Rüge wies das Gericht zurück: die räumliche Trennung zwischen dem Vorsitzenden und dem Hauptverhandlungssaal werde durch die Übertragungstechnik kompensiert.

Gescheitert war die Anwältin Jansen gestern auch mit ihrem Antrag, den beisitzenden Richter Schneider wegen Besorgnis der Befangenheit aus dem Verfahren zu entfernen.

### „Wir werden erklären“

Geht es weiter mit der Videobefragung? Mit Sicherheit. Verkünden wird das Gericht die Entscheidung allerdings erst am Montag. „Wir sind dankbar für Ihre Gegenvorstellungen“, so der Vorsitzende Lorenz in Richtung Verteidiger, „bisher konnten wir nur mitteilen, wie wir's machen, jetzt werden wir erklären, warum wir's nicht anders machen.“ Die-

fragungsart gekippt wird, ist nicht vorstellbar.

## Dröhnender Paukenschlag

Eigentlich war sie fast schon Prozeßalltag, die Videomethode, zuvor in Deutschland noch nie praktiziert, am 15. Mai in einem spektakulären Entschluß von der Mainzer Strafkammer angeordnet. An vier Verhandlungstagen bei „Worms zwei“ und an zweien im Parallelverfahren „Worms drei“ (5 Angeklagte) waren Kinder vor der Kamera vernommen worden. Alle Verteidiger und alle Angeklagten hatten damals zugestimmt. Umso dröhnender der Paukenschlag: Drei Verteidiger erklärten gestern, sie seien mit der Videomethode nicht — mehr — einverstanden. Die Vernehmung der kindlichen Zeugen solle nach althergebrachter Art im Hauptverhandlungssaal stattfinden. Dort würden sich zwar weder Angeklagte noch Zuschauer befinden, aber mehr als 40 Prozeßbeteiligte. Um den Kindern genau dies zu ersparen, war die Videobefragung beschlossen worden.

Die Argumentation der drei Anwälte jetzt: die neue Methode weise „eklatante Mängel“ auf, was nicht vorhersehbar gewesen sei. Die Videokamera erfasse nur einen Teil des Befragungszimmers; wenn ein Kind aufstehe, sei es im Hauptverhandlungssaal weder zu hören noch zu sehen. Vor allem aber sei den Verteidigern die Möglichkeit genommen, während der Befragung sofort mit Anträgen oder Beanstandungen einzugreifen. Solche übermitteln der beisitzende Richter

dengeisteswissenschaftlichen Methode könnten die Angeklagten die Befragung der Kinder hören und sehen, „dieser Vorteil ist es wert, gewisse Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen“, so ein Anwalt.

Die Verteidigerin Gabriele Jansen (Köln) monierte einen weiteren Gesichtspunkt: Während der Vorsitzende im Befragungszimmer sei, wisse er — abgesehen vom Telefonkontakt — nicht, was im Hauptverhandlungssaal vor sich gehe, könne die Sitzung also nicht „leiten“.

Diese Rüge wies das Gericht zurück: die räumliche Trennung zwischen dem Vorsitzenden und dem Hauptverhandlungssaal werde durch die Übertragungstechnik kompensiert.

Gescheitert war die Anwältin Jansen gestern auch mit ihrem Antrag, den beisitzenden Richter Schneider wegen Besorgnis der Befangenheit aus dem Verfahren zu entfernen.

## „Wir werden erklären“

Geht es weiter mit der Videobefragung? Mit Sicherheit. Verkünden wird das Gericht die Entscheidung allerdings erst am Montag. „Wir sind dankbar für Ihre Gegenvorstellungen“, so der Vorsitzende Lorenz in Richtung Verteidiger, „bisher konnten wir nur mitteilen, wie wir's machen, jetzt werden wir erklären, warum wir's nicht anders machen.“ Dieser Hauch von Ironie — der Vorsitzende befand sich am Ende des Prozeßtages wieder im Vollbesitz seiner Gelassenheit. Zuvor hatte er angesichts der Verteidigerkritik hin und wieder unwirsch gewirkt.

## Standpunkt

### Pro Video

Von Reinhard Breidenbach

Das Mainzer Landgericht hat sich um die Rechtskultur verdient gemacht und — wichtiger — um das persönliche Wohl der ihm anvertrauten kindlichen Zeugen. Als sich Politiker noch in fruchtlosem Gerede ergingen, als die Bundesjustizministerin gar befand, die Videobefragung sei entbehrlich, da haben die Richter gehandelt. Und nun, o Wunder, hat es auch die Politik begriffen: Die Justizministerkonferenz plädierte dieser Tage pro Video, alsbald soll ein Gesetzesantrag eingebracht werden. Wer Neues in die Wege leitet, bezieht oft auch Prügel. Die Mainzer Entscheidung pro Video

könnte vom Bundesgerichtshof, wenn er ein Urteil zur Revision vorliegen hat, für null und nichtig erklärt werden. Aber auch beim Bundesgerichtshof sitzen Menschen, die abwägen. Das — im übertragenen Sinne — laute Geschrei, das einzelne Verteidiger jetzt in Mainz erheben, ist kein ernsthaftes Anzeichen dafür, daß die neue Methode Angeklagten-Rechte mißachtet. Gewiß, die Videobefragung hat ihre Tücken. Doch die könnten einvernehmlich geklärt werden. Einvernehmen aber ist solchen Verteidigern ein Greuel, die auf Konflikte setzen. Konflikte bringen mitunter Publicity. Und schließlich ist auch die Anwaltstätigkeit ein Geschäft, bei dem immer mehr Anbieter auf einem engen Markt konkurrieren. Die Mainzer Kammer macht glücklicherweise überhaupt nicht den Eindruck, als würde sie sich von Geschrei beeindrucken lassen.